

Koalitionsvereinbarung

**zwischen
der Marburger SPD und
Bündnis 90 / Die Grünen Marburg
für die Universitätsstadt Marburg
für die Wahlperiode 2011–2016**

Präambel

Die rot-grüne Koalition in der Universitätsstadt Marburg wurde bei der Kommunalwahl am 27. März 2011 eindrucksvoll bestätigt. Das Wahlergebnis zeigt den Auftrag der Wählerinnen und Wähler, die Koalition fortzusetzen. Als Grundlage der Zusammenarbeit für die kommenden fünf Jahre haben die Marburger SPD und Bündnis 90 / Die Grünen diese Koalitionsvereinbarung beschlossen.

Die Koalition will auch in Zukunft Verantwortung für eine konsequente soziale und ökologische Politik in Marburg übernehmen. Viele der vereinbarten konkreten Maßnahmen, sind nicht nur einem Handlungsfeld zuzuordnen. Fünf miteinander vernetzte Schwerpunkte werden die Politik der rot-grünen Koalition in Marburg bestimmen:

Stadt der Familien und Generationen: Wir setzen den Ausbau der Betreuungs- und Bildungseinrichtungen mit hohen Standards konsequent fort. Das ist gut für die Kinder und Jugendlichen und gut für die Familien. Und es stärkt den Wirtschaftsstandort Marburg, denn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird verbessert. Dem Grundsatz der Selbstbestimmung ist unsere Politik für Jugendliche, Erwachsene oder ältere Menschen verpflichtet. Neben der Jugendhilfeplanung wird auch die kommunale Altenplanung Voraussetzungen dafür schaffen. Selbstbestimmung im Alter heißt für uns auch, dass ältere Menschen möglichst lange in den eigenen vier Wänden wohnen können. Deshalb unterstützt die rot-grüne Koalition neue Wohnformen im Alter und setzt sich für wohnortnahe, an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Strukturen der ambulanten und der stationären Pflege ein.

Teilhabe sichern, soziale Verantwortung wahrnehmen: Wir wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger in Marburg am öffentlichen Leben teilhaben können. Niemand darf wegen seiner Herkunft, seiner sozialen Stellung oder aus anderen Gründen ausgeschlossen bleiben. Deshalb setzen wir alles daran, das enge Netzwerk von Unterstützungsleistungen zu erhalten und wo möglich auszubauen. Wir garantieren den von den Gewerkschaften geforderten Mindestlohn. Wir wollen bezahlbaren Wohnraum. Teilhabe heißt für die Koalition auch, dass sich die Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung der Stadt beteiligen, ganz gleich ob im Ehrenamt, im Verein oder bei Planungsprozessen.

Ökologische Verantwortung und kommunaler Klimaschutz: Die rot-grüne Koalition übernimmt Verantwortung für eine konsequente und vorbildliche kommunale Umwelt- und Klimaschutzpolitik. Wir wollen die Erzeugung von regenerativen Energien signifikant steigern. Wir wollen den Umstieg auf eine ökologisch verantwortbare Mobilität. Wir setzen uns für die Rückgewinnung natürlicher Lebensräume genauso ein wie für die Erhöhung der Biodiversität. Politik für den Klimaschutz heißt für uns auch kommunale Sozial- und Wirtschaftspolitik. Die Erhöhung der Energieeffizienz, etwa durch Wärmedämmung, kommt

42 den Menschen über geringere Heizkosten zugute. Indem wir konsequenten kommunalen
43 Klimaschutz betreiben, erhöhen wir nicht nur die Lebensqualität, sondern stärken auch die
44 heimische Wirtschaft, die direkt von den Maßnahmen profitiert. Auch die durch die Ener-
45 gieerzeugung vor Ort erfolgte Wertschöpfung ist für die Koalition eine sinnvolle Verknüp-
46 fung von Umwelt-, Wirtschafts- und Strukturpolitik.

47
48 **Politik für den Bildungs-, Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort:** Bildungsgerech-
49 tigkeit fängt für die rot-grüne Koalition beim Zugang zu Krippen und Kitas an, setzt sich
50 über die den jeweiligen Begabungen entsprechende schulische Bildung fort und beinhaltet
51 auch gelingende Übergänge von der Schule in die Ausbildung. Wir werden die hohen
52 Standards des Bildungsstandorts Marburg weiter ausbauen. Kein Kind darf zurückgela-
53 sen werden. Die Universität ist für Marburg von herausragender Bedeutung und wir wer-
54 den ihre nachhaltige Entwicklung nach allen Kräften unterstützen. Dazu gehören auch
55 gute Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Studierenden. Wir bekennen uns zu einem
56 starken Wirtschaftsstandort, der Menschen Arbeit gibt und über Steuereinnahmen auch
57 die finanziellen Spielräume schafft, die unsere Politik der sozialen und ökologisch Verant-
58 wortung ermöglicht. Wir wollen Marburg als attraktiven Einzelhandelsstandort weiter vor-
59 anbringen. Zur Stärkung des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorts wollen wir den
60 Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur vorantreiben. Sie ist neben dem Potenzial an
61 bester Qualität unserer Universität, gut ausgebildeten Arbeitskräften, einer guten kommu-
62 nalen Infrastruktur und der hohen Lebensqualität in der Stadt ein zentraler Standortfaktor.

63
64 **Lebensqualität erhalten, kulturelle Vielfalt fördern, Integration voranbringen:**

65 Lebensqualität setzt eine gesunde Umwelt, eine funktionierende Infrastruktur, barrierefreie
66 Mobilität, ein attraktives Wohnumfeld mit preisgünstigem Wohnraum und ausreichende
67 lokale Versorgung vor Ort voraus. Ein breites kulturelles Angebot gehört ebenso dazu wie
68 die Möglichkeit attraktiver Freizeitgestaltung und vielfältige Möglichkeiten sportlicher Betä-
69 tigung. Die Integration und das Zusammenleben von Menschen unterschiedlichster Kultu-
70 ren ist eine Bereicherung für alle. Deshalb werden wir unsere Kulturförderung genauso
71 voranbringen wie den Erhalt der Sportstätten, den Umbau der Stadthalle und die Entwick-
72 lung des Waggonhallenareals. Und wir werden verstärkte Anstrengungen unternehmen
73 und innovative Entwicklungen fördern, damit wir durch umweltverträgliche Mobilität, durch
74 ökologische Stadtraumgestaltung, durch kommunalen Klimaschutz im Einklang mit dem
75 historischen Erbe der Stadt die besondere Attraktivität Marburgs weiter stärken und vor-
76 anbringen.

77
78 Die Universitätsstadt Marburg hat in den vergangenen Jahren eine gute, dynamische Ent-
79 wicklung vollzogen. Auf diesem Weg wollen wir weitergehen. Mit einer konsequenten
80 kommunalen Sozial- und Umweltpolitik, mit einer zeitgemäßen Politik für Menschen aller
81 Generationen, mit einem starken Bildungs-, Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort, mit
82 einem vielfältigen Kultur-, Sport- und Freizeitangebot und mit einer hohen Lebensqualität
83 für alle Bürgerinnen und Bürger.

Koalitionsvereinbarung

Kinder und Jugendliche

Unsere Ziele:

- Erhöhung der Betreuungsquote für die 0- bis 3-Jährigen auf mindestens 50 % bis 2015.
- Ausbau der Halbtagsplätze zu Ganztagsplätzen im Kindergartenbereich auf mindestens 75 %.
- Weiterhin bedarfsgerechter Ausbau der Nachmittagsbetreuung für Grundschülerinnen und Grundschüler.
- Weiterer Ausbau der Angebote der Ferienbetreuung gemäß dem Bedarf.
- Hinsichtlich des Betreuungsschlüssels in Kindertagesstätten und Krippen strebt die Koalition die Verbesserung des Personalschlüssels auf 1,75 bzw. 2,25 an. Zunächst hat aber der Ausbau von Ganztagsplätzen und Krippenplätzen Vorrang.
- Die Jugendhilfe soll neben der Schule verstärkt benachteiligten Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund bessere Bildungschancen eröffnen. Die Kooperation zwischen den Trägern der Jugendhilfe und den Sportvereinen kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.
- Die Teilnahme von Kindern und Jugendlichen an der Ausgestaltung ihres Lebensumfeldes soll deutlich verstärkt werden. Für einen solchen Ausbau der Partizipationsmöglichkeiten kann an erfolgreiche Strukturen angeknüpft werden, wie z. B. das Kinder- und Jugendparlament oder die Beteiligung beim Bau von Spiel- und Bewegungsräumen und den Spiel- und Aufenthaltsorten in der Oberstadt. Daneben müssen auch nicht-institutionelle Beteiligungsformen gefördert werden.
- Förderung eines Projekts für eine „Kultur des Hinsehens“, um Jugendliche, die Probleme mit Gewalt und Kriminalität haben, dabei zu unterstützen, sich nicht die Zukunft zu verbauen und Erwachsene und Jugendliche dafür zu gewinnen, dass sie sich für diese jungen Menschen verantwortlich fühlen und ihnen diese Grenzen bewusster machen.
- Für das Haus der Jugend soll ein neues Konzept in Kooperation mit Club X und Connex etc. erarbeitet werden, damit Jugendliche über mehr eigene Gestaltungsmöglichkeiten für ihre Freizeit und außerschulische Aktivitäten verfügen können.

Schule und Bildung

Unsere Ziele:

- Ausschöpfung aller Möglichkeiten einer an den Kindern und Jugendlichen orientierten kommunalen Bildungspolitik. Jedes Kind soll nach seinen Talenten und Möglichkeiten gefördert werden. Hiefür werden wir notwendigen Ausstattung und Hilfen bereitstellen. Kein Kind darf zurückgelassen werden.

- 40 • Verstetigung der Investitionen in Ausstattung und für baulichen Maßnahmen und der
41 energetischen Sanierungen an den Marburger Schulen, um dem „Lebensraum Schule“
42 in seinen Funktionen als Lern- und Arbeitsort sowie als Ort für Freizeitgestaltung
43 Rechnung zu tragen.
- 44 • Erhalt und weitere Unterstützung der 6-jährigen Grundschule der Otto-Ubbelohde-
45 Schule als Regelangebot eines längeren gemeinsamen Lernens.
- 46 • Unterstützung der Theodor-Heuss-Schule und der Friedrich-Ebert-Schule bei der
47 Verlängerung des gegenwärtigen Schulversuchs auf mindestens 4 Jahre, damit zumin-
48 dest eine Bewertung der Schulversuche möglich wird.
- 49 • In den nächsten 10 Jahren sollen alle Regelschulen zu inklusiven Schulen weiterent-
50 wickelt werden – der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung
51 bzw. Benachteiligung ist unser Ziel. Die Konzepte für die inklusive Schule sollen ge-
52 meinsam mit den LehrerInnen, den Eltern- und SchülerInnenvertretungen entwickelt
53 und fachlich unterstützt werden.
- 54 • Unterstützung der Richtsberg-Gesamtschule für den Ausbau einer eigenen Oberstufe.
- 55 • Weitere Unterstützung aller Schulen bei ihren Anstrengungen auf dem Weg zu einer
56 qualifizierten Ganztagschule.
- 57 • Jugendlichen verstärkt auch im außerschulischen und unorganisierten Bereich die
58 Möglichkeit eröffnen, die Natur als ihre Lebensumwelt wahrzunehmen und zu erfahren,
59 welche Bedeutung der Schutz der natürlichen Bedingungen für ihre Zukunft hat.
- 60 • Dauerhafter Erhalt des Jugendwaldheims Roßberg.
- 61 • Langfristige Entwicklung eines Schulcampus in der Leopold-Lucas-Straße unter
62 Einbeziehung aller Schulgemeinden und der angrenzenden Betriebe und Wohnbevöl-
63 kerung. Damit verbunden ist die Verkehrsberuhigung im unmittelbaren Schulumfeld.
- 64 • Sperrung der Uferstraße im Bereich der Martin-Luther-Schule für den Durchgangsver-
65 kehr und eine entsprechende Umgestaltung.
- 66 • Deutliche Verbesserung des Radwegenetzes zwischen den Marburger Schulen.
- 67 • Einrichtung einer Steuerungsgruppe zur Stärkung der kommunalen Kompetenz im Be-
68 reich der Schulentwicklung und zur weiteren Entwicklung der Kooperation von Schule
69 und Jugendhilfe. Dieses Fachgremium wird unter Leitung des/der Dezernen-
70 ten/Dezernentin für Schule und für Jugendhilfe eingerichtet. Gemeinsam soll die Pla-
71 nung der Schulentwicklung und der Entwicklung der Jugendhilfeangebote an den
72 Schulen in den nächsten Jahren beraten werden. Dabei sollen die bestehenden An-
73 sätze der erfolgreichen Lokalen Bildungsplanung und der Kooperationsprojekte von
74 Jugendhilfe und Schule als zentrale Bestandteile einer Schule der Zukunft umgesetzt
75 werden. In dieses Gremium soll auch die fachliche Kompetenz der Universität einbezo-
76 gen werden.
- 77 • Die bestehenden Projekte und Strukturen im Übergangmanagement Schule-Beruf
78 müssen verstetigt werden. Zugleich sind die Instrumente entsprechend sich neu erge-
79 bender Herausforderungen anzupassen.

81 **Ausbildung und Beschäftigung**

82 **Unsere Ziele:**

- 83 • Für die Gesamtkonzern Stadt Marburg gilt der von den Gewerkschaften geforderte Min-
84 destlohn von 8,50 €.
- 85 • Die Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung muss immer wieder neue, angepasste
86 Instrumente entwickeln. Dies werden wir als Stadt auch weiterhin fördern.
- 87 • Zur Verbesserung der Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten von jugend-
88 lichen Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen soll die Stadt jährlich zwei Stellen bereit-
89 stellen.
- 90 • Die Unterstützung von Jugendlichen durch die Jugendberufshilfe für die Realisierung
91 eines erfolgreichen Berufsstarts bedarfsgerecht ausbauen.

93 **Wohnen**

94 **Unsere Ziele:**

- 95 • Eine Wohnungsbörse unter Beteiligung aller Anbieter soll helfen, schneller passenden
96 Wohnraum zu finden.
- 97 • In der Nordstadt sollen preisgünstige Wohnmöglichkeiten in sanierten Wohnungen für
98 die derzeitigen Bewohnergruppen bestehen bleiben und neuer preisgünstiger Wohn-
99 raum geschaffen werden; insbesondere sollen die energetische Sanierung des „Bet-
100 tenhauses“ und die Kontinuität der studentischen Selbstverwaltung gesichert werden.
- 101 • In Kooperation mit den Wohnungsbaugesellschaften soll ein
102 Wohnraumentwicklungskonzept erarbeitet und umgesetzt werden, das zum Ziel hat,
103 die Ausweitung preiswerten Wohnungsangebots für Studierende, Auszubildende, Per-
104 sonen und Familien mit geringem Einkommen sowie für Menschen, die barrierefreie
105 Wohnungen brauchen zu ermöglichen.
- 106 • Innovative Wohnformen/-modelle sollen unterstützt werden, insbesondere Gruppierun-
107 gen, die intergeneratives und nachbarschaftliches Wohnen (z. B. Weintrautstraße) rea-
108 lisieren wollen.

110 **Familienförderung**

111 **Unsere Ziele:**

- 112 • Weiterentwicklung des Prinzips von Begleitung und Prävention in der Familienhilfe.
- 113 • Etablierung von „Familienlotsen“, die Vertrauenspersonen werdender Familien sind und
114 bei Bedarf weitergehende Unterstützungsangebote anregen.
- 115 • Erhalt der bestehenden vielfältigen sozialen Infrastruktur, um Kindern, Jugendlichen,
116 Eltern und Familien bei Bedarf passende Unterstützungen für ihre jeweiligen Heraus-
117 forderungen und damit für gelingende Beziehungen und eine gute Entwicklung zu er-
118 möglichen.

- 119 • Prüfung einer Verbesserung der Vernetzung der verschiedenen Träger der Jugend-
120 und Familienhilfe.
121 • Fortführung des Bündnisses für Familie.
122 • Prüfung, ob das erfolgreiche Mehrgenerationenhaus ein Modell für weitere
123 stadtteilbezogene Angebote bieten kann.
124

125 **Politik für ältere Menschen**

126 **Unsere Ziele:**

- 127 • Fortführung der stadtteilbezogenen Bürgerbefragungen für eine weitere dezentrale Ent-
128 wicklung der Altenpolitik und die möglichst zügige Umsetzung der Ergebnisse unter
129 Vernetzung aller Akteure.
130 • In Zusammenarbeit mit dem Kuratorium Deutsche Altershilfe wird eine Projektierung
131 des Ausbaus von dezentralen stationären Angeboten unter wirtschaftlichen Bedingun-
132 gen, möglichst in Trägerschaft der Marburger Altenhilfe, die dabei Vorbild und trei-
133 bende Kraft sein sollte, in Auftrag gegeben. Hierbei werden die vorhandenen Erhebun-
134 gen gerade auch in den Stadtteilen mit einbezogen.
135 • Bedarfsgerechtes Angebot ambulanter und teilstationärer Pflege (Kurzzeitpflege,
136 Tagespflege u. a.).
137 • Ausbau gemeinsamer, generationenübergreifender Projekte von Jung und Alt.
138 • Unterstützung bestehender wie geplanter alternativer Wohnangebote (z. B. WOGÉ,
139 Projekt Stadtwald und Seniorengenossenschaftsmodell Weintrautstraße) durch die
140 Stadt wie durch die städtischen Gesellschaften (GeWoBau, SEG).
141 • Barrierefreiheit aller Einrichtungen und öffentlicher Plätze, um Mobilität zu verbessern.
142

143 **Menschen mit Behinderung**

144 **Unsere Ziele:**

- 145 • Schaffung barrierefreier Zugänge für alle öffentlichen Räumlichkeiten und Einrichtun-
146 gen – private Einrichtungen und Veranstalter sollen aufgefordert werden, die Zugangs-
147 möglichkeiten für Menschen mit Behinderung zu verbessern.
148 • Verbesserung der Mobilitätsbedingungen im ÖPNV und auf öffentlichen Plätzen und
149 Wegen, u. a. durch barrierefreie Busse, Absenkung von Bordsteinen.
150 • Behindertengerechter Ausbau des Marburger Hauptbahnhofs. Solange dies noch nicht
151 realisiert ist, muss ein Überqueren der Gleise möglich sein.
152 • Barrierefreie Zugangsmöglichkeit zu den Gleisen am Südbahnhof.
153 • Mehr barrierefreier Wohnraum: Die Stadt soll den Umbau von Erdgeschosswohnungen
154 mit Sozialbindung zu barrierefreien Wohnungen mit jeweils bis zu 10.000 € fördern. Bei
155 der Bauberatung soll darauf hingewirkt werden, dass Erdgeschosswohnungen grund-
156 sätzlich barrierefrei gebaut werden.
157

158 Gleichstellung

159 Unsere Ziele:

- 160 • Wie für alle städtischen Gremien bereits grundsätzlich Beschlusslage, muss auch der
- 161 Verwaltungsrat der Sparkasse paritätisch mit Frauen und Männern besetzt werden.
- 162 • Die deutlichere Wahrnehmung der unterschiedlichen Vorstellungen und Bedürfnisse
- 163 von Jungen und Mädchen, von jungen Frauen und jungen Männern in der Jugendpoli-
- 164 tik. Bei allen Angeboten der Stadt wie der freien Träger sollen deshalb geschlechtsspe-
- 165 zifische Aspekte beachtet werden, sowohl bei Regelangeboten wie bei speziellen För-
- 166 derungsmaßnahmen. Die unterschiedlichen Voraussetzungen und Wege des Auf-
- 167 wachstums von Mädchen und Jungen müssen deutlicher in den Blick genommen wer-
- 168 den.
- 169 • Die nach wie vor bestehende Benachteiligung von Frauen soll weiter abgebaut werden.
- 170 • Stärkung der Maßnahmen zum Gender Mainstreaming und ihrer Implementierung in
- 171 alle Bereiche städtischer Verantwortung.

172

173 Menschen in schwierigen Lebenslagen

174 Unsere Ziele:

- 175 • Jährliche Anpassung der Stadtpass-Bedingungen an die Veränderung der Lebenshal-
- 176 tungskosten.
- 177 • Das Projekt gegen den Erfrierungstod (auch für Wohnsitzlose mit Tieren) und die
- 178 sanitären Einrichtungen müssen weiter ausgebaut werden.
- 179 • In die Suchtprävention muss intensiviert werden. Projekte und Initiativen der Sucht-
- 180 und Drogenberatung (Alkohol, Medikamente, Rauschmittel) werden weiter unterstützt.
- 181 Gegen die Spielsucht wollen wir insbesondere die weitere Ausbreitung von Spielhallen
- 182 und Wettbüros verhindern.

183

184 Gemeinwesenarbeit und Integration

185 Unsere Ziele:

- 186 • Erhalt der sozialen Infrastruktur.
- 187 • Die Gemeinwesenarbeit muss fortgeführt werden, um den Zusammenhalt im Stadtteil
- 188 zu stärken, Menschen und alle dort bestehenden Gruppen zusammenzuführen und die
- 189 Integration zu fördern.
- 190 • Auch wenn das Programm „Soziale Stadt“ durch den Bund massiv beschnitten worden
- 191 ist, sollen die sozialstrukturellen Bedingungen in den Stadtteilen Stadtwald und Waldtal
- 192 weiter verbessert werden. Die erfolgreichen Strukturen am Richtsberg sollen auch über
- 193 das Ende der regulären Förderung hinaus soweit als möglich erhalten bleiben.
- 194 • Unterstützung des Projekts der Moschee mit Kulturzentrum.
- 195 • Der Runde Tisch Integration soll als wichtiges Instrument weiter entwickelt werden.

- 196 • Unterstützung des Ausländerbeirats als direkt gewählte Interessenvertretung bei der
197 Wahrnehmung seiner Aufgaben und bei der Durchführung der integrationspolitischen
198 Ziele.
199

200 **Gesundheit**

201 **Unsere Ziele:**

- 202 • In städtischen Kantinen, für die Versorgung der Kindergärten und Schulen sollen aus-
203 schließlich regionale Produkte bzw. Bio-Produkte Verwendung finden.
204 • Wie bereits an einigen Stellen umgesetzt, sollen Schulen und andere öffentliche Ge-
205 bäude mit Publikumsverkehr mit Trinkwasserspendern ausgestattet werden.
206 • Die Stadt Marburg soll darauf hinwirken, dass das Studentenwerk die Versorgung der
207 Studierenden und Universitätsmitarbeiter mit ökologischen und regionalen Produkten
208 intensiviert und konsequent fortsetzt.
209 • Die Koalition fördert die Einführung eines „Veggy-Day“: Ein Tag in der Woche werden
210 in städtischen Kantinen bzw. für Kindergärten und Schulen ausschließlich vegetarische
211 Gerichte angeboten. Die Stadt ermuntert dabei die heimische Gastronomie, sich am
212 Veggy-Day zu beteiligen.
213 • Sicherung der medizinischen, pflegerischen und psychosozialen Versorgung in den
214 Stadtteilen in Zusammenarbeit mit dem Kreis.
215

216 **Sport**

217 **Unsere Ziele:**

- 218 • Der Sportentwicklungsplan soll weitergeführt und schrittweise umgesetzt werden.
219 • Die Förderstrukturen für den Breiten- und Spitzensport in Marburg sollen sich daran
220 orientieren, in wie weit sich die Vereine überdurchschnittlich im Bereich der Jugend-
221 arbeit engagieren, Generationen- und Familienfreundlichkeit zum Ziel haben, im Be-
222 hindertensport aktiv sind und zur kommunalen Integration beitragen.
223 • Das Programm FiVe, das sozial benachteiligte Jugendliche an den Vereinsport
224 heranführen will, soll verstetigt werden.
225 • Die Koalition will verstärkt öffentliche Räume als Bewegungsräume gestalten und nutz-
226 bar machen, da Sport nicht nur in Vereinen stattfindet.
227

228 **Kultur**

229 **Unsere Ziele:**

- 230 • Die Kulturförderung soll mindestens fünf Prozent des städtischen Haushalts betragen.
231 Die Förderung der kulturellen Initiativen ist zu verstetigen.
232 • Das Waggonhallenareal soll weiter entwickelt und für Kultur-, Freizeitaktivitäten und
233 Sozialprojekte genutzt werden.

- 234 • Die Stadthalle soll zu einem modernen, multifunktionalen Veranstaltungszentrum
235 umgebaut werden. Der Kulturladen KFZ wird dabei mit eigenen Räumen integriert.
- 236 • Weitere Stärkung der Stadtteilkultur durch Unterstützung der Kultureinrichtungen und
237 Vereine, vor allem wenn sie Jugendliche für Kultur interessieren und ihnen kreative
238 Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen. Generationenübergreifende Projekte sind ein wei-
239 terer Baustein.
- 240 • Die zahlreichen universitären Sammlungen sind ein bisher zu wenig genutzter Schatz
241 und sollen deshalb besser öffentlich zugänglich gemacht werden. Die Stadt soll mit der
242 Universität ein Konzept dafür erarbeiten.
- 243 • Archive sind Orte des Wissens in der Wissenschaftsstadt Marburg. Die Initiative „Stadt
244 der Archive“ soll wieder belebt werden.
- 245 • Die erfolgreichen Themenjahre wollen wir auch künftig fortführen.

246

247 **Entwicklung des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorts**

248 **Unsere Ziele:**

- 249 • Die Versorgung mit schnellen Internetverbindungen über Breitbandnetze (Glasfaser)
250 stärkt den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Marburg und ist auch als öffentliche
251 Infrastrukturaufgabe für die Bürgerinnen und Bürger zu begreifen. Deshalb soll der
252 Ausbau eines modernen, zukunftssicheren Glasfasernetzes vorangebracht werden.
253 Priorität haben dabei zunächst die Außenstadtteile.
- 254 • Die Kooperation von Stadt, Universität und Wirtschaft soll intensiviert, Netzwerke
255 ausgebaut, Förder- und Gründerinstrumente gestärkt, die Kooperationen von Schule
256 und Universität verbessert werden. Die Ermöglichung von Ausgründungen z. B. im na-
257 turwissenschaftlichen Bereich sollen über Gründerzentren vereinfacht werden.
- 258 • Marburg ist eine Gesundheitsregion. Marburg ist der herausragender Standort für
259 Medizin und Gesundheitstechnik – mit einer hohen Arztdichte, Krankenhäusern, dem
260 Fachbereich Medizin, Krankenpflegeschulen, dem Pharmastandort, insbesondere den
261 Behring-Nachfolgefirmen, und anderen kleineren Einrichtungen der Gesundheitsver-
262 sorgung und medizintechnischer Unternehmen sowie der erhofften Ansiedlung des Be-
263 reichs Hygienetechnik der Technischen Hochschule Mittelhessen. Die Koalition strebt
264 an, diesen Standort zu stützen und auszubauen und damit auch Perspektiven für die
265 gesamte Region und sichere, qualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen.
- 266 • Die Kompetenzen der Universität sollen vermehrt für die Stadtentwicklung und
267 Projektbegleitung genutzt werden.
- 268 • Die Stadt sollte auch die nur über einen begrenzten Zeitraum in Marburg lebenden
269 Studierenden und WissenschaftlerInnen in das Leben der Stadt einbeziehen.
- 270 • Eine übergreifende Praktikumsbörse soll helfen, die Möglichkeiten betrieblicher Prak-
271 tika in heimischen Betrieben für SchülerInnen und Studierende besser zu erschließen.
- 272 • Der Bildungs- und Wissenschaftsstandort soll in das Stadtmarketing eingebunden sein,
273 Wissenschaft im öffentlichen Raum sichtbar und erfahrbar sein. Das Chemikum mit
274 seinem innovativen Experimentallabor bietet ebenso wie universitären Sammlungen

- 275 neben dem pädagogischen Ziel, für die jeweiligen Themen zu begeistern, auch Poten-
276 ziale für die touristische Attraktivität der Stadt.
- 277 • Marburg soll als Tourismus und Kongress-Standort weiter ausgebaut werden. Die Stadt
278 soll die Universität verstärkt dabei unterstützen, dass Marburg als Ort für die Ausrich-
279 tung wissenschaftlicher Kongresse häufiger in Anspruch genommen wird.
 - 280 • Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Philipps-Universität zur Entwicklung des
281 städtebaulich und stadtstrukturell integrierten Hochschulcampus in der Innenstadt so-
282 wie des Campus Lahnberge soll fortgesetzt werden.
 - 283 • Die interkommunale Zusammenarbeit muss für die Zukunftsfähigkeit von Stadt und Re-
284 gion weiter vorangebracht werden.
 - 285 • Wir wollen unseren Einfluss geltend machen, dass die Sparkasse die ökologische Ent-
286 wicklung der Region durch Beteiligung, Spenden und Kreditvergabe unterstützt.
 - 287 • Die Stadt Marburg soll nachhaltige touristische Angebote bereithalten (z. B. bessere
288 Kennzeichnung der Wander- und Spazierwege, Tourenvorschläge für Wander- und
289 Radtourismus, ökologische und barrierefreie Tourismusangebote, nachhaltige Klas-
290 senfahrten nach Marburg als Lernmöglichkeit umweltbewussten Reisens, Verleih für
291 Elektrofahrräder).
 - 292 • Der Marburger Stadtmarketingprozess wird gemeinsam mit den gesellschaftlichen
293 Gruppen aus Handel, Kultur, Tourismus und Sport vorangetrieben mit dem Ziel, das
294 unverwechselbare Image von Marburg weiter zu festigen und auszubauen.

295

296 **Stadtentwicklung und Stadtraumgestaltung**

297 **Unsere Ziele:**

- 298 • Für denkmalpflegerische Maßnahmen außerhalb des Sanierungsgebietes sollen Mittel
299 bereitgestellt werden, um Wohnraum in denkmalgeschützten Gebäuden zu sanieren.
- 300 • Die Stadt soll verstärkt Einfluss darauf nehmen, dass die Oberstadt für Handel, Touris-
301 mus und Wohnen erhalten und gestärkt wird. Dabei gilt es vor allem die Hausbesitzer
302 für die Zukunftsfähigkeit unserer alten Stadt zu motivieren und ihnen ihre besondere
303 Verantwortung bewusst zu machen.
- 304 • Weiterentwicklung bestehender Einzelhandelsangebote unter Berücksichtigung der
305 zentralen Bedeutung der Oberstadt; Stärkung der Kaufkraftbindung auch im Sinne
306 einer verkehrsvermeidenden regionalen Nahversorgung.
- 307 • Beim Neubau des so genannten „Allianzhauses“ sollen
 - 308 ○ ein Wettbewerb zur architektonischen Gestaltung und städtebaulicher Einbindung
309 unter Einbeziehung einer innovativen Verbindungslösung (z. B. Fußgängerbrücke)
310 zur Oberstadt durchgeführt werden,
 - 311 ○ keine zusätzlichen Parkplätze entstehen,
 - 312 ○ der Branchenmix wie vorgesehen eingehalten werden.
- 313 • Die Weiterentwicklung der Nordstadt muss unter Beachtung der gewachsenen Struktu-
314 ren erfolgen.

- 315 • Der Parkplatz am Gaswerkgelände soll ausgebaut werden, um die Renaturierung des
316 Lahnvorlandes im Bereich der Lahnstrasse abzuschließen.
- 317 • Das Areal zwischen Waggonhalle und Ginseldorfer Weg östlich der bestehenden Gleis-
318 anlagen soll entwickelt und die Anbindung des Waldtals verbessert werden.
- 319 • Für Weidenhausen soll gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern, Gewerbe-
320 treibenden, Initiativen und Vereinen ein Zukunftskonzept erarbeitet werden, das die
321 Attraktivität des ältesten Stadtteils Marburgs bewahrt und entwickelt.
- 322 • Im Biegenviertel muss die Verkehrsoptimierung weiter fortgesetzt werden.
- 323 • Beim Umbau der Stadthalle soll die Chance für die Entwicklung des Außenbereichs
324 und der stadträumlichen Beziehungen zwischen Biegenstraße/Neuer Mitte, Universität,
325 Alter Botanischer Garten und neuem Uni-Campus für die Schaffung eines neuen Auf-
326 enthalts- und Erlebnisraums genutzt werden.
- 327 • Die Umgestaltung des Theodor-Bleek-Platzes soll mit dem Ziel einer verbesserten Auf-
328 enthaltsqualität und dem barrierefreien Zugang zu den Gleisen erfolgen.
- 329 • In den Stadtteilen muss das Konzept „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ fortge-
330 führt werden, um die Dorfentwicklung positiv zu steuern. Wir setzen uns für den Erhalt
331 und die Verbesserung der Infrastruktur ein.
- 332 • Der Beirat für Stadtgestaltung soll weiterentwickelt und mit eigenem Budget ausgestat-
333 tet werden (z. B. um bei größeren und komplexen Bauprojekten eigenständig zusätz-
334 liche Beratungs- und Unterstützungsleistungen veranlassen zu können). Er soll Dar-
335 stellungsmöglichkeiten für seine Arbeit erhalten (Protokollierung und Archivierung,
336 sowie Darstellung der verschiedenen Beratungs- und Umsetzungsprozesse bei den
337 Bauvorhaben – soweit dies rechtlich möglich ist).
- 338 • Die Koalition setzt sich mit Nachdruck für den Erhalt sowohl des Alten als auch des
339 Neuen Botanischen Gartens ein, auch aus Gründen des Artenschutzes und des Erhalts
340 des Gen-Pools.
- 341 • Es soll geprüft werden, welche Vorteile sich – auch im Hinblick auf nachhaltige Struktu-
342 ren – ergeben, wenn Marburg Ort einer innovativen, nachhaltigen Landesgartenschau
343 wird.
- 344 • Das Zusammenleben in Marburg braucht Sicherheit. Die Koalition setzt die begonne-
345 nen Maßnahmen (Präsenz von Ordnungskräften, Prävention, Aufklärung) fort.

346

347 **Kommunale Infrastruktur**

348 **Unserer Ziele:**

- 349 • Die kommunale Verantwortung für die Infrastruktur soll auch in Zukunft erhalten blei-
350 ben: Wasser, Abwasser, Ver- und Entsorgung, Verkehrsdienstleistungen werden auch
351 in Zukunft entweder über die Stadt oder und über städtische Gesellschaften erbracht.
- 352 • Die Planung zum Erhalt und zur Sanierung der Straßen soll fortlaufend aktualisiert mit
353 Prioritäten versehen werden.

354

355 Umwelt und Energie

356 Unsere Ziele:

- 357 • Die Marburger Stadtwerke als städtische Tochtergesellschaft stellen vorrangig die
358 Erzeugung und Verbreitung von Energie in Marburg sicher.
- 359 • Die Eigenerzeugung regenerativer Energie auf dem Gebiet der Stadt Marburg soll so
360 gesteigert werden, dass daraus 2/3 des gesamten privaten Stromverbrauchs gedeckt
361 werden können.
- 362 • Windenergie ist die effektivste Form erneuerbarer Energie. Deshalb werden 12
363 Windkraftanlagen von jeweils mindestens 2 MW in Marburg errichtet. Dazu werden alle
364 potentiellen Windkraftstandorte auf ihren ausreichenden Energieertrag und ihre Um-
365 weltverträglichkeit geprüft und weiterentwickelt und es findet eine umfangreiche Bür-
366 gerbeteiligung statt. Die erforderlichen Abweichverfahren zum Regionalplan werden im
367 Herbst eingeleitet. Zwei Standorte – Lichter Küppel und Görzhäuser Hof – sollen unter
368 Federführung der Stadt Marburg (Stadtplanung) unter Beteiligung Dritter, möglichst mit
369 Bürgerbeteiligungsmodellen, umgesetzt werden.
- 370 • Der Ausbau von Photovoltaik-Anlagen soll weiter erfolgen.
- 371 • Die Straßenbeleuchtung wird kontinuierlich auf den höchsten Energieeffizienzstandard
372 umgestellt. Die Lichtverschmutzung durch nächtliche Beleuchtungen soll möglichst re-
373 duziert werden.
- 374 • Die Stadtwerke sollen mit dafür Sorge tragen, dass durch mehr BHKWs mehr Strom
375 und Wärme erzeugt werden und die Preisvorteile durch einen niedrigeren BHKW-
376 Wärme-Klima-Tarif an die Mieter weitergegeben werden.
- 377 • Es soll geprüft werden, ob zum Ausbau der Eigenenergieerzeugung der Stadtwerke ein
378 modernes GuD-Kraftwerk wirtschaftlich errichtet und betrieben werden kann und die
379 Restwärme gleichzeitig zur Fernwärmeversorgung von Gebäuden der GeWoBau (z. B.
380 Richtsberg) genutzt werden kann.

381

382 Klimaschutz

383 Unsere Ziele:

- 384 • Die städtischen Liegenschaften sollen weiter energetisch in Richtung Passivhaus-Stan-
385 dard saniert werden.
- 386 • Neubauten werden grundsätzlich in Passivhausstandard errichtet, Plus-Energie ist
387 anzustreben.
- 388 • Am Richtsberg soll das Projekt „Sozialer Klimaschutz“ mit „warmmietneutraler
389 Modernisierung“ gemeinsam mit den Wohnungsbaugesellschaften und den MieterIn-
390 nen in den kommenden 15 Jahren umgesetzt werden. Die Wohnkosten sollen für die
391 MieterInnen dabei nicht steigen.
- 392 • Die GeWoBau soll einen Investitionsplan aufstellen, mithilfe dessen bis 2040 deren Ge-
393 samtbestand auf Niedrigenergiestandard bzw. auf EnEV 2012-Standard gedämmt wer-

- 394 den kann. Der sich daraus ableitende auf die jetzt begonnene Wahlperiode entfallende
395 finanzielle Anteil soll nach Möglichkeit entsprechend umgesetzt werden.
- 396 • Zur Aktivierung, Bündelung und Effektivierung privater Investitionen in den Klimaschutz
397 sollen quartiersbezogene Konzepte zur energetischen Erneuerung aufgestellt werden.
 - 398 • Die bestehenden Förderprogramme zur Reduzierung des Energieverbrauchs und An-
399 schaffung neuer, energiesparender Geräte werden fortgesetzt und finanziell besser
400 ausgestattet.
 - 401 • Es sollen innovative Lösungen zur Vereinbarkeit von Denkmalschutz und Klimaschutz
402 entwickelt werden. Ein Förderprogramm für innovative Realisierungsbeispiele soll mit
403 jährlich 50.000 € ausgestattet werden.
 - 404 • Die CO²-Emissionen der Gesamtstadt müssen konsequent reduziert werden, dafür
405 sollen in dieser Legislaturperiode klare Zielsetzungen im Klimaschutzkonzept erarbeitet
406 werden.

407

408 **Luft, Wasser, Lärm, Emissionen**

409 **Unsere Ziele:**

- 410 • Es soll bei zuständigen Landesbehörden beantragt werden, dass Marburg in den
411 Luftreinhalteplan verbindlich aufgenommen wird und die Stadt beim Überschreiten von
412 Grenzwerten geeignete Maßnahmen aussprechen kann.
- 413 • In den kommenden 5 Jahren soll über die laufende Neubeschaffung die Umstellung
414 des Fahrzeugparks der Stadt Marburg und ihrer Beteiligungen auf gas-, hybrid- oder
415 elektrobetriebene Fahrzeuge erfolgen.
- 416 • Die Förderung von gasbetriebenen PKWs und von Elektrofahrzeugen soll durch die
417 Stadtwerke gefördert werden.
- 418 • Die Stadtverwaltung soll ihren eigenen innerstädtischen Verkehr so weit wie möglich
419 durch Nutzung von Fahrrädern und Elektrofahrzeugen bewältigen und damit beispiel-
420 gebend für die Marburger BürgerInnen sein.
- 421 • Die Wassersparberatung durch Umweltamt und Stadtwerke soll ausgebaut werden.
- 422 • In öffentlichen Gebäuden sollen Wassersparsysteme, Regenwassernutzung und
423 Brauchwassersysteme verstärkt installiert werden, letztere vor allem für die Bewässe-
424 rung der öffentlichen Anlagen.
- 425 • Verkehrsberuhigte Zonen sollen ausgeweitet werden.
- 426 • Die Höchstgeschwindigkeit auf der Stadtautobahn muss endlich auf 80 km/h für PKW
427 und 60 km/h für LKW reduziert werden.
- 428 • Umsetzung der im Lärmaktionsplan von der Stadt Marburg vorgeschlagenen Maßnah-
429 men: eine durchgehende Lärmschutzwand entlang der B3a durch Bund und Land er-
430 richtet werden mit speziellen Lösungen für den Bereich der Brücken (z. B. am Bahn-
431 hof).
- 432 • Eine Mautpflicht für LKWs auf der B3a muss erreicht werden.

- 433 • Auf allen Straßen in Wohngebieten soll die zulässige Höchstgeschwindigkeit von 50
- 434 auf 30 km/h reduziert werden. Auf innerstädtischen Durchgangsstraßen wird nach
- 435 Möglichkeit nachts auf 30 km/h beschränkt.
- 436 • Die Deutsche Bahn soll für die Errichtung von modernen Lärmschutzwänden und für
- 437 lärmindernde Maßnahmen gewonnen werden.
- 438 • Die Benutzung von Laubblasgeräten wird eingeschränkt.
- 439 • Nur dann sollen auf städtischen Gebäuden Mobilfunkanlagen gebaut werden, wenn sie
- 440 die strengeren Schweizer Grenzwerte einhalten, auf den Dächern von Kindertages-
- 441 stätten und Schulen soll es keine geben.
- 442 • Bei Baugenehmigungsverfahren sollen freiwillige Vereinbarungen mit den Betreibern
- 443 angestrebt werden, um eine Strahlenbelastung soweit wie möglich zu vermindern.
- 444 • Alle Aktivitäten zur Müllvermeidung sowie zur sachgerechten Mülltrennung und zur Ent-
- 445 sorgung von Sondermüll sollen unterstützt werden, insbesondere über die Einführung
- 446 einer Marburger Wertstofftonne als weiteres Standbein zukunftsorientierter Müllver-
- 447 wertung, sowie der verstärkten Müllberatung und -erziehung. Solange die Einführung
- 448 einer Wertstofftonne nicht möglich ist, werden Rücknahmeangebote für Sondermüll ge-
- 449 schaffen, z. B. Retourenstationen für Energiesparlampen.
- 450

450

451 **Natur in der Stadt – Biodiversität bewahren**

452 **Unsere Ziele:**

- 453 • Weitere Unterstützung der gentechnikfreien Region Marburg.
- 454 • Errichtung von Insekten- und Schwalbennesterhotels sowie Bereitstellung von Nisthil-
- 455 fen für andere Vögel.
- 456 • Erhalt und Ausbau ökologischer Flächen in der Stadt, um für Tiere und Pflanzen einen
- 457 Rückzugsraum sicherzustellen.
- 458 • Fortsetzung des Projekts „Blumenstadt Marburg“ zur Umgestaltung von Freiflächen un-
- 459 ter Einbeziehung privater Pflegepatenschaften.
- 460 • Erstellung eines Pflegeplans auf Grundlage des städtischen Grünflächenkatasters für
- 461 die innerstädtischen Grünflächen, der für wenigstens 10 % eine extensive Grünpflege
- 462 vorsieht, die es möglich macht, dass auch Wildkräuter erblühen und sich wieder aus-
- 463 samen können und die die Rückzugs- und Habitatfunktionen für in der Stadt lebende
- 464 Tierarten deutlich verbessert.
- 465 • Verhinderung der negativen Beeinflussung des Hormonhaushalts von Menschen, Tie-
- 466 ren und Pflanzen durch Lichtverschmutzung. Beim Austausch oder der Neuerrichtung
- 467 von städtischen Beleuchtungsanlagen soll dies bei der Wahl der Leuchtmittel(farbe)
- 468 und Ausrichtung der Beleuchtungskegel zu berücksichtigen sein.
- 469 • Mehr Ruhebänke auf den Spazier- und Wanderwege im Stadtgebiet, möglichst für die
- 470 Stadt kostenneutral durch Spenden und Sponsoren (nach englischem Vorbild).
- 471 • Einrichtung von Lehrpfaden zu Umweltthemen: z. B. zum Thema Sonnenenergie in
- 472 Zeiten des Klimawandels.
- 473

473

474 Verantwortungsvoller Umgang mit Gewässern und Flächen

475 Unsere Ziele:

- 476 • In Weiterentwicklung der „Lahnstudie“ soll ein Konzept zur ökologischen Nutzung der
477 Lahnauen erstellt werden, das dort, wo dies möglich ist, auch Nutzung für Freizeitakti-
478 vitäten vorsieht.
- 479 • Die Renaturierungsmaßnahmen an der Lahn sollen weiter fortgesetzt, auf die Allna
480 und auf weitere Gewässer ausgedehnt werden. Dabei sollen die Fördermöglichkeiten
481 zur der Umsetzung der EU-WRRL genutzt und jährlich ausreichende Mittel im Haushalt
482 bereitgestellt werden.
- 483 • Zur Verbesserung des Hochwasserschutzes sollen weitere Flächen zur Retention ge-
484 schaffen und Deiche saniert werden.
- 485 • Die Nitrat- und Pestizideinträge in den Auen und Gewässern sollen vermindert werden;
486 dabei sind die Fördermöglichkeiten i. R. der Umsetzung der EU-WRRL zu nutzen.
- 487 • Der Boden soll bei allen Planungen und Projekten der Stadt (Bauleitplanung, Flächen-
488 inanspruchnahme durch Hoch- und Tiefbauten) als Schutzgut berücksichtigt, überflüs-
489 sige Versiegelungen vermieden oder zurückgebaut werden. Bei der geplanten gesplit-
490 teten Abwassergebühr sollen Anreize zum Rückbau von Versiegelungen geschaffen
491 werden.
- 492 • Bei der Vergabe städtischer Bauaufträge sollen ökologische Standards verbindlich be-
493 rücksichtigt werden (z. B. Baumschutz/Bodenverdichtung/Begrenzung der baubeding-
494 ten Flächeninanspruchnahme).
- 495 • Flächen mit schädlichen Bodenveränderungen und Altlasten sollen saniert werden, da-
496 mit diese neuen Nutzungen zugeführt werden können. Dafür ist eine Fortsetzung des
497 ausgelaufenen Landesförderprogramms „Flächenrecycling“ i. R. der AFR unerlässlich,
498 und die Stadt wird sich dafür einsetzen.
- 499 • Es soll eine Brachflächenkatasters erstellt werden mit zur Bebauung geeigneten Flä-
500 chen und Informationen zu den ehemals überwiegend gewerblich/ industriell genutzten
501 Brachflächen. Dadurch soll eine schnellere Vermarktung und Reaktivierung der Flä-
502 chen erreicht werden.
- 503 • Die Stadt soll Mitglied im Europäischen Boden-Bündnis „ELSA“ werden.

504

505 Mobilität

506 Unsere Ziele:

- 507 • Entwicklung eines umfassenden Verkehrskonzepts für die Verbindung zwischen Lahn-
508 tal und Lahnbergen, bei dem alle potenziellen und innovativen Verkehrsmittel in ihrer
509 wechselseitigen Beziehung einbezogen werden, und Umsetzung der geeigneten
510 Lösungen.
- 511 • Für die künftige Verkehrsentwicklung in der Stadt sollen:
 - 512 ○ der Verkehrsentwicklungsplan Nord/Nord-West fortgeschrieben werden mit dem
513 Focus auf der Verbesserung des Umweltverbunds;

- 514 ○ die Elisabethstraße gesperrt werden. Der ÖPNV und RadfahrerInnen erhalten die
- 515 Möglichkeit der Durchfahrt;
- 516 ○ Im Wehrdaer Weg wird Tempo 30 km umgesetzt. Nach Ablauf eines Jahres, in dem
- 517 entsprechende Erfahrungen gesammelt werden, wird die Maßnahme insbesondere
- 518 in Bezug auf RadfahrerInnen evaluiert;
- 519 ○ ein Fußwegeentwicklungsplan erarbeitet und schrittweise umgesetzt werden mit dem
- 520 Ziel der Verbesserung von Gehwegen und Wegebeziehungen;
- 521 ○ das Radwegenetz weiter ausgebaut und verbessert werden.
- 522 ● Die Ampelschaltungen sollen für den Fuß- und Radverkehr sowie für den ÖPNV
- 523 sukzessive überprüft und optimiert werden.
- 524 ● Für Fußgänger, Fahrradfahrer und Verkehrsteilnehmer mit Behinderungen soll bei der
- 525 Bauverwaltung eine Hotline eingerichtet werden, über die direkt auf Wegeschäden hin-
- 526 gewiesen werden kann.
- 527 ● Der Fahrradverkehr in Marburg soll umfassend verbessert werden durch:
- 528 ○ die Errichtung einer Fahrradstation am Hauptbahnhof und die Prüfung weiterer
- 529 Stationen, z. B. im Erdgeschoss des Parkhauses Oberstadt oder am Ortenbergauf-
- 530 zug,
- 531 ○ den Ausbau eines Radverleihsystems und die verstärkte Bereitstellung von
- 532 Elektrofahrrädern (Pedelecs (incl. entsprechende Ladestationen),
- 533 ○ weiteren Ausbau von Abstellanlagen und Radboxen u. a. auch an Park-und-Ride-
- 534 Parkplätzen, Busbahnhöfen und Bushaltestellen am Hangfuß,
- 535 ○ wo möglich die Verbesserung der Radmitnahme im ÖPNV durch größere
- 536 Mehrzweckbereiche in den Bussen; insbesondere bei den Linien auf die Lahnberge
- 537 und in den Stadtwald,
- 538 ○ die Prüfung einer direkten Radverbindung von der Innenstadt zum Uni-Campus
- 539 Lahnberge, z. B. über den Alten Kirchhainer Weg,
- 540 ○ die modellhafte Prüfung eines Radschnellwegs zwischen Gisselberg und Cölbe,
- 541 ○ eine Prüfung im Zuge der Neukonzeption des Rudolphplatzes, ob der Bereich Am
- 542 Grün bis zur Schulstraße als Fahrradstraße ausgewiesen werden kann,
- 543 ○ eine städtische Prämie zur Anschaffung eines neuen (Elektro-) Fahrrads, analog der
- 544 „Abwrackprämie für Fahrräder“.
- 545 ● Die Belastungen durch den motorisierten Individualverkehr sollen reduziert, die
- 546 Lebensqualität der Menschen verbessert und die Sicherheit im Verkehr erhöht werden
- 547 durch:
- 548 ○ Steigerung der Attraktivität der Buslinien und Zugstrecken, die Marburg mit dem Um-
- 549 land verbindenden, in Zusammenarbeit mit dem Landkreis und dem RMV,
- 550 ○ Verbesserung der Einbindung Marburgs in das Fernverkehrsnetz der Deutschen
- 551 Bahn, Rückkehr zum Stundentakt nach Frankfurt und Kassel,
- 552 ○ Optimierung der Abendverkehre im ÖPNV, insbesondere des AST,
- 553 ○ Keine zusätzlichen und keine kostenlosen Parkplätze in der Innenstadt,
- 554 ○ Überarbeitung der Stellplatzsatzung mit dem Ziel, dass durch Stellplätze möglichst
- 555 wenig MIV generiert wird,

- 556 ○ Prüfung von Anreizsystemen für die Abmeldung und den Verzicht auf PKWs, z. B. in
- 557 Form von Förderprämien oder einem kostenlosen Jahresabo für den ÖPNV,
- 558 ○ Entwicklung einer neuen Gesamtkonzeption für Park-and-Ride-Systeme, damit der
- 559 Umstieg auf den ÖPNV so attraktiv wie möglich wird,
- 560 ○ Förderung des CarSharing als umweltverträglichster Form der Autonutzung, z. B.
- 561 durch Erhöhung der Zahl der Stellplätze,
- 562 ○ Erneuerung von Haltestellen (z. B. Wilhelmsplatz / Ockershäuser Allee) für verbes-
- 563 serte Zugänglichkeit und Barrierefreiheit,
- 564 ○ Einführung einer einheitlichen RMV-Tarifzone für das gesamte Marburger Stadt-
- 565 gebiet.
- 566 ● Entwicklung eines Konzeptes für den ruhenden Verkehr gemeinsam mit der Philipps-
- 567 Universität, insbesondere für die Bereiche des neuen Universitätscampus und das
- 568 Umfeld der Stadthalle.. Dabei soll vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung
- 569 des Umweltverbundes der jeweilige Bedarf für den Einzelhandel, die Erreichbarkeit der
- 570 Arbeitsplätze, für Anwohner und für den Besuch von Abendveranstaltungen differen-
- 571 ziert berücksichtigt werden.
- 572 ● Aufbau eines städtischen Mobilitätsmanagements.
- 573 ● Auszeichnung betrieblicher Mobilitätsmanagementsysteme mit einer Öko-Plakette (z.
- 574 B. wenn Verkehr reduzierende Leistungen in Betrieben realisiert wurden).
- 575 ● Initiierung eines Jobticket-Pools für kleinere und mittlere Unternehmen nach Aachener
- 576 Vorbild.
- 577

578 **Demokratie und Bürgerbeteiligung**

579 **Unsere Ziele:**

- 580 ● Stärkung des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements u. a. über die
- 581 Freiwilligenagentur und die Volkshochschule u. a., die die Mitverantwortlichkeit der
- 582 Bürgerinnen und Bürger unterstützen, motivieren, sie begleiten und qualifizieren.
- 583 ● Für ehrenamtliche Arbeit in Vereinen, Initiativen und Nachbarschaften muss verstärkt
- 584 Nachwuchs gewonnen werden. Das im Zusammenhang mit dem demografischen
- 585 Wandel, den veränderten Familienstrukturen, der hohen Mobilität der Menschen erfor-
- 586 derliche Engagement macht es notwendig, dass es für mehr Menschen in allen Alters-
- 587 gruppen selbstverständlich wird, für andere Verantwortung zu übernehmen. Gleichzei-
- 588 tig wird damit die Grundlage für das demokratische Zusammenleben gestärkt.
- 589 ● Die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger bei Planungsvorhaben sind
- 590 im Sinne einer frühzeitigen Einbindung, möglichst noch vor der Vorlage konkreter Um-
- 591 setzungspläne, zu erweitern.
- 592 ● Die bestehenden Strukturen der Bürgerbeteiligung (Beiräte, Kommissionen etc.) sollen
- 593 im Sinne einer effizienten, zielgerichteten Beteiligungskultur geprüft werden.
- 594 ● Die Möglichkeiten von Bürgereingaben in den parlamentarischen Prozess der Stadtver-
- 595 ordnetenversammlung soll geprüft werden.

- 596 • Im Innenstadtbereich können Ortsbezirke und Ortsbeiräte gebildet werden, sofern dies
597 der Wunsch der dort lebenden Bürgerinnen und Bürger ist. Das im Jahr 2011 zur Ver-
598 fügung stehende Gesamtbudget für die Ortsbeiräte soll dabei nicht überschritten wer-
599 den.
- 600 • Die Marburger Unternehmen sind noch stärker als bisher für die Unterstützung einer
601 Engagementkultur zu gewinnen. Langfristiges Ziel ist die Etablierung einer BürgerIn-
602 nenstiftung.
- 603 • Die Universitätsstadt Marburg wird Mitglied im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches
604 Engagement (BBE).
605

606 **Moderne Stadtverwaltung**

607 **Unsere Ziele:**

- 608 • Gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die interkulturelle Kompetenz er-
609 höht werden auch durch die weitere Einstellung von Mitarbeitern mit Migrationshinter-
610 grund.
- 611 • Die Verwaltung soll weiterhin personalfreundlich und kundenorientiert aufgestellt sein.
- 612 • Die Beschäftigungsquote für Menschen mit Handicap wird beibehalten, ebenso die
613 hohe Ausbildungsquote.
- 614 • Die Gesundheitsprävention für städtisches Personal wird weiter gestärkt.
- 615 • Das audit Prozess Familie und Beruf wird weitergeführt.
- 616 • Die moderne IT Kommunikation wird in der städtischen Pressearbeit genutzt.
- 617 • Die in den Verwaltungsaußenstellen anfallenden Verwaltungsaufgaben sollen evaluiert
618 werden.
619

620 **Kommunale Finanzpolitik**

621 **Unsere Ziele:**

- 622 • Wir wollen dafür Sorge tragen, dass die Transparenz bei der städtischen Mittelvergabe
623 weiter verbessert wird. Die Instrumente für zielgenaue Förderung, etwa bei freiwilligen
624 Leistungen, sind, wo möglich, zu optimieren. Von der Stadt geförderte Projekte werden
625 auf die Erreichung ihrer Ziele evaluiert.
- 626 • Die Koalition hält konsequent am Grundsatz der ausgeglichenen Haushalte fest. Die
627 Schulden sollen weiter abgebaut werden.
- 628 • Für Investitionen in erneuerbare Energien und den Ausbau der Kommunikationsinfra-
629 struktur (Glasfaser) werden jährlich 25 % der Finanzsumme des Investitionshaushalts
630 zur Verfügung gestellt, wobei der Schwerpunkt auf erneuerbare Energien gelegt wird.
- 631 • Unter der Vorgabe einer nachhaltigen Haushaltspolitik werden alle Projekte und
632 Zielvorgaben der rot-grünen Koalition auf ihre strukturellen Auswirkungen auf den städ-
633 tischen Haushalt einer kritischen Prüfung unterzogen.
634

Regularien

- 636 • SPD und Grüne tragen für die Politik der Koalition eine gemeinsame Verantwortung; in
637 der Konsequenz gibt es kein unterschiedliches Abstimmungsverhalten der Fraktionen.
- 638 • Zur laufenden Abstimmung der gemeinsamen Politik wird eine Koalitionsrunde gebil-
639 det, die regelmäßig zusammentritt.
- 640 • Scheidet ein Mitglied aus einer über gemeinsame Liste besetzten Funktion aus, erfolgt
641 die Nachfolge auf Vorschlag der Partei, der die ausscheidende Person angehört.

642

643

644